

5 JULI. 1968

t.Oll-HE/FG/sc

Bern, den 13. Juni 1968

Notiz an Herrn PestalozziSchweizerisches Institut für
Konfliktforschung1.) Grundsätzliche Ueberlegungen zu den geplanten Kriegs-,
Friedens- und Entwicklungshilfe-Instituten

Die Notwendigkeit wissenschaftlicher Bemühungen um die Erfassung von Problemen wie Krieg, Frieden, Entwicklungshilfe usw. kann nicht bestritten werden. Da es sich hier um Fragen von allgemeinem Interesse handelt, nicht jede Universität aber ein eigenes Forschungsprogramm aufbauen kann, erscheint die Gründung schweizerischer Institute sinnvoll.

Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass sich hinter den genannten Bemühungen häufig eine Tendenz zur Ueberschätzung der Wissenschaft verbirgt. Wissenschaft dient heute nur allzu oft als bequemer Fluchtweg aus Schwierigkeiten, deren Wurzeln weit weniger in materieller Unkenntnis als vielmehr in den politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu suchen wären. Das Beispiel Amerikas hat dies in den letzten Jahren deutlich werden lassen. Nirgends sonst in der Welt kommt der wissenschaftlichen Erforschung verschiedenster Konflikte grössere Bedeutung zu als in den USA. Dieser Umstand aber hat das Land weder vor innen- noch vor aussenpolitischen Krisen bewahrt. Vielleicht darf sogar gesagt werden, dass die wertfreie Wissenschaftlichkeit mitschuldig geworden ist an politisch falschen Entscheiden mit katastrophalen Folgen. Heute erscheinen in Amerika Bücher, die die Notwendigkeit des Krieges "wissenschaftlich beweisen". Nach den Berechnungen der Computer müsste der Vietnamkrieg schon seit vielen Monaten "glücklich" beendet sein. Dass er es nicht ist, zeigt eindrücklich, wie unmöglich es ist, gemein-politische Fragen und politische Verantwortung auf wissenschaftlicher Ebene zum Austrag zu bringen. Die Wissenschaft trägt die Gefahr in sich, dem politischen Gespräch (und dies ist immer ethisch verantwortliches Gespräch) das Grab zu schaufeln.

So muss man sich bewusst sein, dass man mit wissenschaftlichen Instituten Mächte schafft, die ihrer inneren Logik nach Einfluss auf die Politik nehmen werden. Welcher Art dieser Einfluss aber sein wird, lässt sich nicht wissenschaftlich bestimmen, sondern hängt von der Reife des gesellschaftlichen Bewusstseins ab.

Wo vergessen wird, dass Wissenschaft an sich niemals politische Entscheidungen enthält, diese höchstens als ein Faktor mitbestimmen kann, hört Politik auf, verantwortliches Handeln zu sein. In unserer Referendumsdemokratie wird die Wissenschaft (mit all ihrem Prestige) eine gewaltige Macht, zum Guten oder zum Bösen, werden.

Diese Hinweise sollen die vorhandenen Pläne nicht negieren, aber sie sollen darauf drängen, dass bei der Projektierung und vor allem bei der öffentlichen Bekanntmachung auch die Relativität aller Wissenschaft gebührend beachtet und betont wird. Die Art und Weise, wie heute im Zusammenhang mit der Hochschulreform die Wissenschaft und die Rolle des Forschens auf die rein quantitativen, wohlstandsfördernden Aspekte reduziert und von der politischen, menschlichen Relevanz der "wertfreien Wissenschaft" abstrahiert wird, lässt einen allzu grossen Optimismus allerdings nicht zu.

Was es zu erfassen und bewusst zu machen gilt, ist dies: So wie die politische Demokratie den unbedingten Führungsanspruch über die Armee beanspruchen muss, so muss das freie, verantwortliche politische Gespräch Herr bleiben über den totalitären Anspruch der "reinen Wissenschaft".

2.) Die Verbindung eines Instituts für Entwicklungsforschung mit einem Institut für Konfliktforschung

Eine solche Verbindung scheint aus folgenden Gründen gefährlich:

2.1. Diametral entgegengesetzte Konzeptionen

Entwicklungshilfe strebt eine "weltweite Innenpolitik" an. Gemäss beiliegendem Bericht des EMD dient das Institut dem Studium der internationalen und nationalen Sicherheitspolitik und befasst sich u.a. mit den Möglichkeiten schweizerischer Selbstbehauptung (Abwehrkonzeption) wie auf Seite 4 des Berichtes erwähnt. Diese beiden Zielsetzungen und die daraus resultierende persönliche Einstellung der Träger sind zu verschieden, um ein fruchtbares Gespräch in Gang zu bringen.

2.2. Psychologische Wirkung auf Entwicklungsländer

Eine direkte Zusammenarbeit schweizerischer Entwicklungshilfe mit dem schweizerischen "Defense Department" scheint psychologisch verhängnisvoll. Sie weckt in den Entwicklungsländern den Eindruck machtpolitischer Motivationen unserer TZ, welche unser Argument des langfristig gemeinsamen Interesses der

Volkswirtschaften des Geber- und Empfängerlandes in Frage stellen. Unserer TZ droht damit ein ähnliches Schicksal missverstanden zu werden wie dem amerikanischen "Peace Corps".

2.3. Hemmung der raschen Verwirklichung eines Instituts für Entwicklungsforschung in der Schweiz

Am geplanten Institut für Sicherheitspolitik würden drei Departemente beteiligt sein: EMD, EDI, EPD. Die Gefahr der Verbürokratisierung liegt auf der Hand: die delikaten Koordinationsprobleme, die sich damit stellen, kennen wir aus der Arbeit der eidgenössischen Stipendienkommission und den Bedenken des TZ-Komitees und der Hochschulrektorenkonferenz anlässlich der Diskussion über die Gründung einer Zentralstelle für Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Bund auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Zudem ist sehr fraglich, wie gut sich die Militärstrategen der schweizerischen Armee mit Atomkrieggegnern vertragen werden und wie weit durch die sicher folgende öffentliche Polemik die Institutsgründung nicht überhaupt in Frage gestellt wird.

2.4. Notwendigkeit des gegenseitigen Erfahrungsaustausches

Ein ständiger Erfahrungsaustausch zwischen den beiden geplanten Instituten scheint jedoch sinnvoll.

Unzweifelhaft besteht ein innerer Zusammenhang zwischen Krieg und Aufbauarbeit in Entwicklungsländern. (Kosten des indo-pakistanischen Krieges mit entsprechender Umstellung der Staatsbudgets; Auswirkung des israelisch-arabischen Krieges auf Sammelergebnisse, etc.). Oefters wird auch die Möglichkeit geprüft, als Kriterium für die Verteilung unserer Kredite die Höhe bzw. den geringen Umfang des Budgets des Empfängerlandes für Militärausgaben zu nehmen.

3.) Auswirkung der Diskussion um die Gründung eines Instituts für Konfliktforschung auf das von uns geplante Entwicklungsinstitut

3.1. Notwendigkeit eines möglichst informellen Beginns

Der Bericht von Prof. Miller über den Ausgang der Hochschulrektorenkonferenz lautet schlecht: die Rektoren zeigten sich von der Gründung einer neuen "koordinierenden Institution" wenig begeistert. (Prof. Portmann wird uns noch schriftlich berichten). Vorläufig kommt deshalb nur ein bescheidener und möglichst unauffälliger Anfang in Frage.

3.2. Initiativen in den Entwicklungsländern

Der Bericht des EMD erwähnt die Vielzahl von Instituten in Europa und auch in Asien (Seite 1). FG steht schon längere Zeit in Kontakt mit akademischen Kreisen in Ceylon, welche in ihrem Land ein Entwicklungszentrum im Sinn einer "Peace University" anstreben. Solche Initiativen der Entwicklungsländer selbst verdienen möglichst ermutigt zu werden, um eine schweizerische Institutsgründung voranzutreiben und nach der Gründung bereits über Gesprächspartner zu verfügen. Konkret stehen in Ceylon (a) die Diskussion der Zielsetzungen der sog. Entwicklungshilfe, (b) die Untersuchung des langfristigen Kulturwandels in Entwicklungsländern und (c) die Ausbildung verantwortlicher und gut orientierter einheimischer Kader im Vordergrund.

4.) Schlussfolgerung

Von einer Verbindung beider geplanten Institute sollte abgesehen werden. Ein ständiger Erfahrungsaustausch ist angesichts der bestehenden inneren Zusammenhänge wünschenswert. Unsere Zielsetzungen der Gründung eines Entwicklungsinstituts müssen aber möglichst informell und bescheiden weitergetrieben werden. Gleichzeitig sind Ansätze für ähnliche Forschungszentren in den Entwicklungsländern zu ermutigen.

HE
FG